

# Pressemitteilung

Berlin, 15. Dezember 2010



## Eine „Bürgerversicherung“ würde der aktiven Generation noch mehr Geld abnehmen

*Zu Forderungen der SPD und des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) nach Einführung einer so genannten Bürgerversicherung erklärt der Vorsitzende des Verbandes der privaten Krankenversicherung (PKV), Reinhold Schulte:*

„Die so genannte Bürgerversicherung ist eine Mogelpackung. Sie soll vor allem dazu dienen, der aktiven Generation noch mehr Geld abzunehmen als heute. Bei einer Abschaffung der privaten Krankenversicherung würde ein wertvoller Finanzierungsbeitrag zum gesamten Gesundheitssystem wegfallen – mit entsprechenden Einbußen in der Versorgungsqualität und negativen Folgen für alle Patienten. Ohnehin würden eine Zwangs-Umstellung der Privatversicherten und eine Enteignung ihrer Alterungsrückstellungen schon an verfassungsrechtlichen Hürden scheitern. Zudem bietet die „Bürgerversicherung“ keinerlei Lösung für das Hauptproblem, nämlich die altersbedingt steigenden Ausgaben im Gesundheitswesen.

Der DGB will mit der von ihm angestrebten Abschaffung der privaten Krankenversicherung zunächst jede Alternative zu einem Einheitsystem „Bürgerversicherung“ versperren. Sodann will er die Beitragsbemessungsgrenze für alle Versicherten schlagartig um 47 Prozent anheben (von 3.750 auf 5.500 Euro monatlich) – und zwar keineswegs nur für die bisher privat Versicherten, sondern für alle Versicherten in Deutschland.

Die vom DGB verheißene Senkung des Beitragssatzes ist nur ein Lockvogel, unter dem Strich aber würde die Krankenversicherung für Millionen Angestellte, Facharbeiter, Handwerker, Selbstständige und Beamte drastisch teurer. Übrigens: Unter den Arbeitnehmern wären davon nur knapp 1,2 Millionen heute Privatversicherte betroffen, aber mehr als 4,5 Millionen gesetzlich Versicherte, die oberhalb der heutigen Beitragsbemessungsgrenze verdienen. Auch für sie brächten die DGB-Pläne deutliche Mehrbelastungen. Zudem wären künftig auch auf Mieteinnahmen zusätzlich mindestens 13 Prozent „Bürgerversicherungs“-Beitrag fällig, was zu einer entsprechenden Erhöhung der Mieten führen würde.

---

**Dem PKV-Verband gehören 43 Unternehmen an, bei denen 30,5 Mio. Versicherungen bestehen: Rund 8,9 Mio. Menschen sind komplett privat krankenversichert, dazu gibt es ca. 21,6 Mio. Zusatzversicherungen.**

Pressesprecher  
Stefan Reker

Telefon  
(030) 204589-44

Telefax  
(030) 204589-33

E-Mail  
presse@pkv.de

Internet  
www.pkv.de

Friedrichstraße 191  
10117 Berlin

Die Modelle von SPD und DGB bieten keinerlei Lösung für das Problem der altersbedingt steigenden Ausgaben im Gesundheitswesen. Die „Bürgerversicherung“ lebt genauso von der Hand in den Mund wie die heutige Sozialversicherung – mit der Folge, dass in Zukunft eine immer kleiner werdende aktive Generation die Kosten für immer mehr Ältere aufbringen muss. Gerechter ist es, wenn jede Generation für ihre eigenen Gesundheitskosten vorsorgt und die Lasten nicht auf künftige „Bürgerversicherte“ abwälzt. Eine solche generationengerechte Vorsorge wird in der PKV geleistet. Dieses funktionierende System mit rund 9 Millionen Versicherten würde durch eine „Bürgerversicherung“ mutwillig zerstört.

Überdies sind SPD und DGB offenbar zum Opfer ihrer eigenen Propaganda geworden, dass Privatversicherte angeblich durchweg „Besserverdiener“ seien. Tatsache ist: Nur 13 Prozent der Privatversicherten sind Angestellte mit Einkommen oberhalb der Versicherungspflichtgrenze. Nicht zuletzt würde für viele privatversicherte Familienangehörige, darunter rund 1,6 Millionen Kinder, in der „Bürgerversicherung“ gar kein Beitrag mehr gezahlt.

Eine Einbeziehung der Privatversicherten löst also kein einziges Finanzierungsproblem. Die große Mehrheit der heute Privatversicherten würde keineswegs den Höchstbeitrag in einer „Bürgerversicherung“ zahlen. Aber sie würde schlagartig und lebenslang die gleichen Kosten verursachen wie alle anderen – nur ohne kapitalgedeckte Vorsorge. Das Ausgabenproblem bliebe völlig ungelöst – es würde sich nur um die Ausgaben für neun Millionen zusätzliche Versicherte verschärfen.“